

## Requirierung – Kontingentierung – Einquartierung: Die ersten Nachkriegsjahre

Nachdem die alliierten Truppen am 22. April 1945 in Bötzingen einmarschiert waren, übernahm der französische Capitaine Sabria die Ortskommandantur in der Gemeinde, die nun zur französischen Besatzungszone gehörte. Das gesamte Schulhaus mit sechs Schulsälen, den vier Lehrerwohnungen, zwei Lehrmittelzimmern sowie die Schuldienerwohnung waren von Soldaten belegt. Im Gasthaus „Zum Ochsen“ waren der Saal und die Metzgerei einschließlich Maschinen- und Kühlraum sowie eine Wohnung beschlagnahmt. Das Bahnhofsrestaurant „Zur Linde“ war komplett, im Gasthaus „Zum Löwen“ waren der Saal, zwei Fremdenzimmer sowie die Gaststube und im Gasthaus „Sonne“ die Gaststube sowie die Fremdenzimmer zwangs-

requiriert. Ebenso waren sechs Zimmer und eine Küche im Basaltwerk sowie das Gebäude der ehemaligen Zigarrenfabrik für französische Soldaten beschlagnahmt. Und auch in Privatwohnungen waren Militärangehörige untergebracht, wie beispielsweise in der Wohnung des Wilhelm Treiber in der Steinstraße, die erst im Mai 1948 wieder freigegeben wurde.<sup>1</sup>

Die Requirierungswelle der Alliierten, die in der französischen Zone besonders hart ausfiel, zog verständlicherweise den Unmut der Bevölkerung nach sich. Neben Wohnraum mussten auch Kleidung und Schuhe, Bettwäsche, Möbel, Küchenutensilien (Teller, Töpfe, Besteck usw.), Radiogeräte, Fahrzeuge sowie sonstige Gerätschaften des alltäglichen Lebens an die Besatzer abgegeben werden.<sup>2</sup> Hinzu kam die Verpflichtung der Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte, ein gewisses Kontingent an Fleisch bzw. Vieh, Milch, Butter und Eiern, Heu, Getreide, Obst und Gemüse als Umlage für die Besatzungstruppen sowie zur Ernährung der deutschen Bevölkerung in den Städten zu leisten. So war für Bötzingen beispielsweise festgelegt worden, dass im Jahr 1946 insgesamt 467.700 Liter Milch abzugeben wären. Das monatliche Ablieferungssoll wurde *entsprechend der jahreszeitlichen Milcherzeugungsschwankungen* errechnet.<sup>3</sup>

Die Akten des Bötzingen Gemeindecarchivs belegen in unzähligen Listen die von den einzelnen Bürgern oder der Dorfge-

meinschaft geforderten und eingezogenen Ablieferungsmengen, die nicht immer vollständig erbracht werden konnten. Verantwortlich für die Erfüllung der Forderungen der französischen Militärregierung war der Bürgermeister. Für das beinahe abgelaufene Jahr wurden im Oktober 1946 vom Bürgermeisteramt folgende *Ergebnisse der Ablieferungsaufgaben landwirtschaftl. Erzeugnisse* der 361 im Ort ansässigen Landwirte festgestellt:

- Vieh: konnte mit einzelnen Ausnahmen zufriedenstellend erfüllt werden.*
- Geflügel: wurde erfüllt.*
- Getreide: unter Einberufung des Ortsleistungsausschusses wurde jeder einzelne Betrieb durchgesprochen u. beraten u. konnte die Auflage unter äusserster Getreideabgabe erfüllt werden.*
- Obst u. Gemüse: konnte im wesentl. erfüllt werden.*
- Kartoffeln: Konnten infolge der Fehlernte u. zu hohem Abgabesoll nicht erfüllt werden. Infolge der Nichterfüllung der Gemüseabgabe im Juli wurde der Gemeinde eine Geldstrafe von RM 400,- auferlegt. Die Nachlieferung wurde erfüllt.<sup>4</sup>*

Für den Bürgermeister stand ein Aufgabenkatalog auf der Tagesordnung, den die Besatzungsmacht aufstellte und der aufgrund der zusammengebrochenen allgemeinen Versorgungslage einen ständigen Zwiespalt zwischen der Erfüllung der Anweisungen von oben und der Bevölkerung des eigenen Ortes bedeutete. Keine leichte Aufgabe.

Bereits seit 1928 war Bürgermeister Karl Friedrich Grün, der zuvor ab 1911 als Ratsschreiber<sup>5</sup> in Diensten der Gemeinde gestanden hatte, im Amt. Es war ihm gelungen, die Gemeinde durch die schweren Jahre der Wirtschaftskrise in den späten

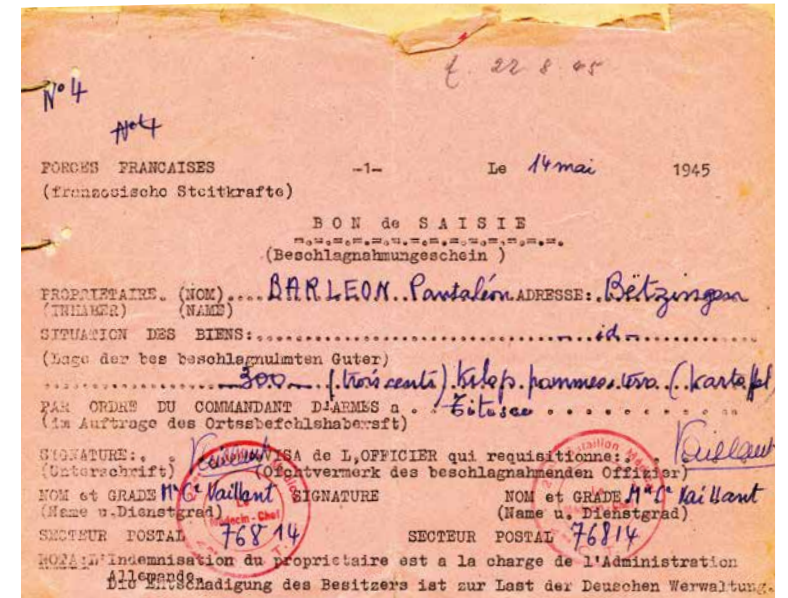


Abb. 2: Beleg vom 14. Mai 1945 über die Beschlagnahmung von 300 Kilogramm Kartoffeln.

1920er Jahren und die Zeit des Dritten Reiches – ohne dass das Ansehen seiner eigenen Person wesentlichen Schaden genommen hatte – zu manövrieren. Am 21. Juni 1945 hatten sechs Bötzingen Bürger, die *alle keine Nationalsozialisten* [gewesen seien] und [...] *weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehört* [hätten], beim Landrat die Bestätigung von Bürgermeister Grün im Amt beantragt.<sup>6</sup> Da er sich während der Herrschaft des NS-Regimes nichts Wesentliches zu Schulden kommen gelassen hatte<sup>7</sup>, wurde er nach dem Einmarsch der Alliierten im Amt belassen. Doch ein knappes Jahr später – am 13. Juni 1946 – reichte Bürgermeister Grün aus gesundheitlichen Gründen sein Rücktrittsgesuch beim Landratsamt ein. Karl Schönberger, der bis dahin Bürgermeisterstellvertreter war, wurde daraufhin bis zu den von der französischen Militärregierung in der gesamten Besatzungszone angeordneten Gemeindevahlen am 15. September 1946 ins Amt berufen.

Am 6. Juli 1946 hatte Landrat Pfister dem Bürgermeisteramt Bötzingen mitgeteilt,

Abb. 1: „Quittung“ vom 14. Januar 1946 über die Beschlagnahmung von Tellern, Servietten und Tischtüchern durch die französischen Besatzer.

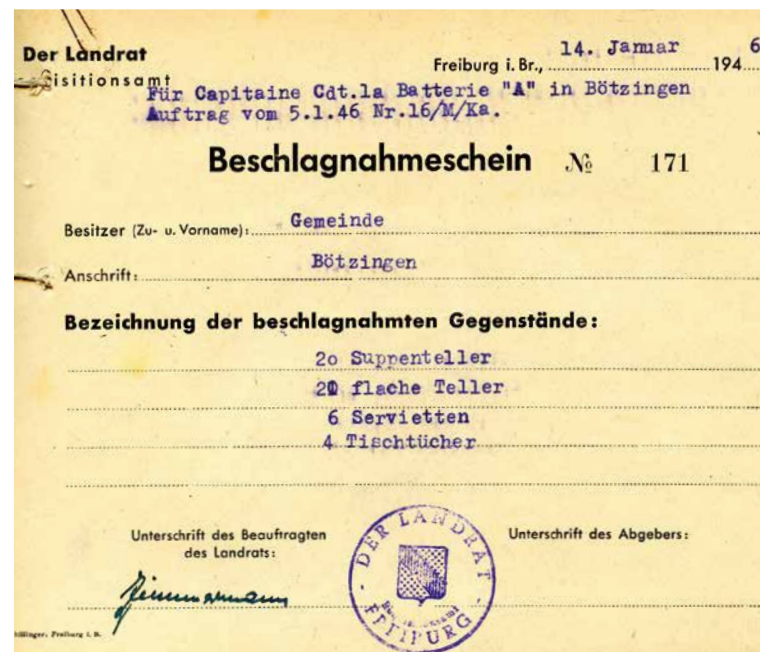




Abb. 3: Wahlplakat der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei aus dem Jahr 1946.



dass die Militärregierung [...] darauf aufmerksam [macht], dass die Wählerliste in dortiger Gemeinde besonders sorgfältig aufgestellt und geprüft werden muss, weil dort viele frühere SS- und SA-Leute sich befinden. Daher sei vor der Offenlegung der Listen der örtliche Prüfungsausschuss nochmals zusammen zu berufen und die Wählerlisten genau daraufhin zu prüfen, ob etwa versehentlich nichtwahlberechtigete SS- und SA-Leute eingetragen sind. Insbesondere die französische Militärregierung prüfte die Wählerlisten sehr streng, weshalb derartige Briefe auch an andere Rathäuser der französischen Besatzungszone gingen. Eine Liste vom 29. Juni 1946 führt 37 Bötzingen Männer und Frauen auf, die ihrer Wählbarkeit enthoben waren, davon durften zwei Personen wegen einer psychischen Erkrankung kein politisches Amt übernehmen, alle anderen aufgrund einer frühen Mitgliedschaft bzw. einer ausgeübten Funktion in einer nationalsozialistischen Gruppierung.<sup>8</sup>

Bei der Volkszählung am 26. Januar 1946 war festgestellt worden, dass Bötzingen 2.202 Einwohner hatte, demzufolge gemäß § 7 der Verordnung des französischen Oberkommandos Nr. 50 [...] 8 Gemeinderäte zu wählen waren. 16 Männer stellten sich über zwei „Wahlvorschlagslisten“, der „Badisch Christlichsozialen Volkspartei (BCSV)“ sowie der „Freien Bauern und Bürger“, mit jeweils acht Kandidaten zur Wahl. 1.190 Angehörige der Gemeinde galten als wahlberechtigt, 987 von ihnen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, immerhin fast 83 Prozent. Jakob Jenne, Max Dier, Wendelin Schill, Karl Schönberger, Josef Dufner und Hermann Dier von der BCSV sowie Hermann Konstanzer und Friedrich Jenne von der Wahlliste der „Freien Bauern und Bürger“ wurden am 15. September 1946 in den ersten Bötzingen Gemeinderat nach dem Zweiten Weltkrieg gewählt.<sup>9</sup> Dass die überwältigende Mehrheit der Gemeinderäte der BCSV angehörte, war nicht nur reine Ortspolitik, sondern ein in der gesamten französischen Zone analog auftretendes Phänomen: Mehr als 60 Prozent aller Stimmen entfielen auf Gemeinderäte, die der BCSV angehörten. Sie hatte sich als „Volkspartei“ positioniert und sich der breiten Öffentlichkeit als „pragmatisch, heimatbezogen, sozial nach allen Seiten offen [und] überkonfessionell“ präsentiert.<sup>10</sup>

Am ersten Sonntag nach den Gemeindevahlen, am 22. September 1946, trat der neugewählte Bötzingen Gemeinderat das erste Mal zusammen, um aus seinen Reihen den Bürgermeister und einen Beigeordneten zu bestimmen. In geheimer Wahl wurde Karl Schönberger mit fünf von acht Stimmen zum Bürgermeister und Jakob Jenne mit sechs von acht Stimmen zum Beigeordneten gewählt.<sup>11</sup> Landrat Pfister verpflichtete am 23. Oktober 1946

Karl Schönberger *handgelübdlich* als Bürgermeister der Gemeinde Bötzingen.<sup>12</sup>

Aus einem Schriftstück, das die Gemeindeverhältnisse im Oktober 1946 beschreibt, erfahren wir, dass in Bötzingen 965 deutsche Männer und 1.193 deutsche Frauen lebten. Die ausländische Bevölkerung bestand aus elf Männern und 20 Frauen. Zudem waren 20 Flüchtlinge in der Gemeinde untergebracht, in der [...] nach wie vor Wohnungsnot bestand.<sup>13</sup> Neben der eingangs erwähnten Erfüllung der geforderten Abgabemengen aller Arten von Verbrauchs- und Verbrauchsgütern war das Bürgermeisteramt für die Einquartierung der zugewiesenen Flüchtlinge sowie der Evakuierten aus den Städten verantwortlich. 19 Bombengeschädigte der Stadt Freiburg waren 1949 in Bötzingen untergebracht. Im April 1949 betrug die Anzahl der Bötzingen über das Hauptzugangslager zugewiesenen anerkannten Flüchtlinge 54 Personen. Weitere 50 Personen waren aus anderen Zonen zugezogen. Letztere waren Flüchtlinge, die als *illegal Zugezogene* galten, da sie der Gemeinde nicht offiziell zugewiesen worden waren. Außerdem befanden sich zur gleichen Zeit noch zwölf Personen in der Gemeinde, die bereits während des Krieges nach Bötzingen umquartiert worden waren.<sup>14</sup> Um der Wohnungsnot zu begegnen, wurden wiederum umfangreiche Listen angelegt, die den in der Gemeinde vorhandenen Wohnraum festhielten. Begehungen von Wohnhäusern wurden durchgeführt, um weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu prüfen. Unablässig fehlte es allerorten an Platz für die einzuquartierenden Personen, weshalb man bestrebt war, weitere Zuzugswillige fernzuhalten und sich der sogenannten *illegal Zugezogenen* wieder zu entledigen. Denn nur mit einer amtlichen Zuzugsgenehmigung war



Karl Schönberger  
1946 - 1948

Abb. 4: Bürgermeister Karl Schönberger.

es möglich, sich in der Gemeinde dauerhaft niederzulassen. Privateigentümer wehrten sich häufig gegen eine Unterbringung von Fremden in ihren Räumlichkeiten und versuchten mit vielerlei Begründungen, eine Einquartierung abzuwenden. Dies war mal von mehr, mal von weniger Erfolg gekrönt.<sup>15</sup> Dabei hatte die französische zunächst weit weniger als die anderen Besatzungszonen mit der Unterbringung von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu kämpfen. Grund dafür war, dass die französische Regierung nicht an den Potsdamer Beschlüssen „der großen Drei“ beteiligt gewesen war und sich deshalb bis Ende der 1940er Jahre erfolgreich gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in der Besatzungszone wehren konnte.<sup>16</sup>

Die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren für die Bevölkerung – neben der Trauer um gefallene Angehörige und





Abb. 5: Vorder- und Rückseite einer 1948 versendeten Postkarte aus russischer Kriegsgefangenschaft.

die Sorge um vermisste oder in Kriegsgefangenschaft befindliche Familienmitglieder – geprägt von Beschlagnahmungen, Zwangswirtschaft und Kontingentierung, einer angespannten Ernährungslage, dem beständigen Druck der zu erfüllenden Abgaben sowie einer durch die Wohnungsnot bedingten räumlichen Enge. Auch wenn die Not im Allgemeinen auf dem Land vergleichsweise geringer war als in der Stadt, so führten diese Umstände doch immer wieder zu Konflikten, die die Dorfgemeinschaft belasteten.

Mit dem Jahr 1948 aber begannen sich langsam Besserungen einzustellen. Erst-

mals seit mehreren Jahren zeichnete sich in der Landwirtschaft eine gute Ernte ab. Zuvor war die Agrarproduktion in den letzten Kriegsjahren und der Folgezeit beachtlich zurückgegangen, da es nicht nur an männlichen Arbeitskräften, sondern auch an Saatgut, Dünger, Spritzmitteln sowie Treibstoff für landwirtschaftliche Fahrzeuge gefehlt hatte.<sup>17</sup>

Zur wirtschaftlichen Konsolidierung trug die Währungsreform wesentlich bei, im Zuge derer am 21. Juni 1948 die Reichsmark von den westlichen Alliierten durch die Deutsche Mark (DM) ersetzt wurde. Pro Kopf erhielt jeder Bürger zunächst 40 DM und zwei Monate später nochmals 20 DM. Sparguthaben und sonstige Bankeinlagen wurden im Verhältnis 100:1 (d. h. für 100 Reichsmark erhielt man 1 DM) getauscht. War zuvor kaum noch etwas in den Läden zu erwerben gewesen, füllten sich nun die Regale und Schaufenster praktisch über Nacht. Jedoch fehlte es den Menschen an den nötigen Kapitalmitteln, um sich ihre Wünsche überhaupt erfüllen zu können.<sup>18</sup>



Abb. 6: Währungsreform 1948: Kassenzettel über die ausgezahlte Kopfquote von 40 DM pro Haushaltsangehörigem.

Auch wenn es langsam aufwärts ging und man nicht mehr in die Vergangenheit, sondern nur noch hoffnungsfroh einer besseren Zukunft entgegen blicken wollte, so bekam der einfache Bürger nach wie vor immer wieder die Folgen des Krieges zu spüren und wurde verpflichtet, an der Beseitigung der sichtbaren Überreste mitzuwirken. So musste das Bürgermeisteramt beispielsweise dafür sorgen, dass der Panzergraben *Merdingen – Ihringen – Hochstetten* nach Anordnung der Militärregierung schnellstmöglich zugeschüttet wird. Im Juli 1948 wurden dafür von 79 Bötzingen Arbeitern 2.664 Stunden aufgewendet; pro Stunde wurde den Arbeitern 0,90 DM als Aufwandsentschädigung gezahlt.<sup>19</sup>

Ende der 1940er Jahre gab es auf gemeindepolitischer Ebene erneut Umwälzungen: Am 31. Oktober 1948 hatte Bürgermeister Schönberger seinen Rücktritt beim Landrat eingereicht, nachdem es einen lokalpolitischen Schlagabtausch, der öffentlichkeitswirksam über zwei regionale Zeitungen geführt wurde, gegeben hatte. Gemeinderat Jakob Jenne übernahm am 1. November 1948 bis zur Neuwahl am 5. Dezember 1948 kommissarisch die Geschäfte des Bürgermeisters.<sup>20</sup> Als einziger Kandidat für den neu zu besetzenden Bürgermeisterposten hatte sich der am 4. März 1911 geborene Christian Rinklin aufstellen lassen. *Und dann sind Initiativen entstanden in der Nacht vor der Bürgermeisterwahl in Bötzingen. [...] in dieser Nacht sind Plakate aufgehängt worden und ist Werbung gemacht worden für den Gottfried Zimmerlin. [...] da war einer der großen Rädelsführer [...] der damalige Gemein derechner [...]. Und am anderen Morgen war alles überrascht, da sind Plakate gehangen. [...] Gottfried Zimmerlin wurde dann gewählt, ohne dass er das eigentlich unbedingt gewollt hat. Und so ist er Bürger-*



Abb. 7: Bürgermeister Gottfried Zimmerlin lenkte von 1948 bis 1979 die Geschicke der Gemeinde.

meister geworden.<sup>21</sup> Gottfried Zimmerlin, geboren am 5. Mai 1916, war seit 20. August 1946 Ratschreiber der Gemeinde Bötzingen gewesen. Bei seiner spektakulären Wahl zum Bürgermeister, zu der er sich selbst nicht hatte aufstellen lassen, entfielen 803 der insgesamt 1.058 abgegebenen Stimmen auf seine Person, d. h. fast 76 Prozent der Wähler hatten seinen Namen auf dem Wahlzettel handschriftlich vermerkt. Der einzige offizielle Bewerber Christian Rinklin erhielt 203 Stimmen (gut 19 Prozent), noch einmal 22 Stimmen gingen an sonstige verschiedene Personen, die restlichen 30 Stimmen waren ungültig. Am 15. Dezember 1948 wurde Gottfried Zimmerlin, der die Wahl zum Bürgermeister angenommen hatte, im Landratsamt Freiburg als Bürgermeister vereidigt.<sup>22</sup> Einen Tag später, am 16. Dezember, fand die erste Gemeinderatssitzung unter seinem Vorsitz statt.<sup>23</sup>



## Aufbruch in eine neue Zeit: Die 1950er Jahre



Abb. 8: Blick über Bötzingen im Jahr 1952. Der Kirchweg ist noch nicht bebaut, die Kindergartenstraße existiert genauso wenig wie die heutige Festhalle, das Feuerwehrgerätehaus oder die Industrie- und Wohngebiete in der Nachtwaid.

Im Jahr 1950 lebten in Bötzingen 2.340 Personen; bis 1954 gingen die Bevölkerungszahlen leicht zurück. Die Bötzinger verdienten ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, betrieben Weinbau, ein Handwerk oder ein kleines Gewerbe. Einige Männer gingen der schweren Arbeit im Steinbruch und Basaltwerk nach, wenige verdienten ihren Lebensunterhalt auswärts. Die Arbeit in den Reben und auf

dem Feld wurde in aller Regel mühsam von Hand ausgeführt. Der Lohn wurde bar ausgezahlt, da der bargeldlose Zahlungsverkehr noch nicht eingeführt war. Die Straßen und Wege im Ort waren nicht asphaltiert und die Kanalisation noch nicht verlegt.

Die Gemeinde hielt Farren (Bullen), Eber und Ziegenböcke zur Besamung der im Besitz der örtlichen Landwirte befindlichen weiblichen Artgenossen. Überwiegend wurden Pferde-, Kuh- und Ochsenspanne zu Transportzwecken innerhalb des Ortes bzw. der näheren Umgebung genutzt. Die Mädchen kamen mit geflochtenen Zöpfen und mit einer Schürze über dem Kleid in die Schule. Kinder und Jugendliche mussten in der schulfreien Zeit bei den Arbeiten auf dem Feld und in den Reben helfen – ihnen blieb nur wenig Zeit zum Spielen. Wenn eine Hochzeit gefeiert wurde, ging der Hochzeitszug durch den Ort und es wurde Hochzeitsbrot verteilt. Die Menschen lebten bis zu ihrem Tod zu



Abb. 9: Beim Herbstende der 1940er Jahre.



Abb. 10: Der noch nicht kanalisierte Dorfbach in der Bergstraße. Aufnahme aus dem Jahr 1964.



Abb. 11: Kuhgespann in der noch unbefestigten Rankstraße im Oktober 1950.



Abb. 12: Hochzeitszug in der Bahnhofstraße auf dem Weg zur Kirche, Mitte der 1960er Jahre.

Hause, wurden dann drei Tage dort aufgebahrt und schließlich in einem Leichenzug zur letzten Ruhestätte geleitet. Wichtige Ereignisse oder Mitteilungen der Gemeindeverwaltung wurden vom „Bott“, der mit der Schelle durch die Straßen zog, von Haus zu Haus getragen. In kaum einem Haushalt gab es einen Fernseher, jedoch sorgte seit 1951 im Gasthaus „Sonne“ regelmäßig das Angebot des (Wander-)Kinos für Unterhaltung.<sup>24</sup> Ein Wasserklosett, ein Bad im Haus, Waschmaschinen und Tiefkühlgeräte standen in aller Regel nicht zur Verfügung und die Wenigsten besaßen ein Kraftfahrzeug bzw. einen Führerschein. Insgesamt entsprachen die Lebensverhältnisse im Wesentlichen denen der Vorkriegszeit.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem oft unbequemen Weg von der Vergangenheitsbewältigung in eine neue, hoffnungsvolle Zukunft war für die Bevölkerung die Wiedererlangung verloren gegangenen Gemeinschaftsgutes. Dies traf vor allem dann zu, wenn es eine bedeutsame Funktion im alltäglichen Leben hatte, wie beispielsweise die Kirchenglocken. 1942 hatten



Abb. 13: „Katzenwäsche in der Küche“ im Jahr 1963. Ein Bad mit Badewanne war Mitte der 1960er Jahre nicht überall vorhanden.

beide Kirchen ihre Glocken zum Einschmelzen für Kriegszwecke abgeben müssen. Der evangelischen Kirchengemeinde wurde lediglich die kleinste Glocke belassen. Es wundert nicht, dass die Neuanschaffung der Kirchenglocken beider Kirchengemeinden nach Ende des Zweiten Weltkrieges als emotionales Ereignis von den Mitgliedern der jeweiligen Glaubensgemeinschaft gebührend gefeiert wurde. Es war so denkwürdig, dass sich ein Bild von der Glockenweihe in fast jedem Böt-